

## Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2019

### 1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

#### 1.1. Digitalisierung an Schulen - Schaffung von zwei weiteren (temporären) Stellen

**Begründung:**

S:ALZ begrüßt die nun zur Aufarbeitung der Digitalisierung der Schulen geschaffene Stelle. Dies ist allerdings für die konsequente Umstellung viel zu wenig, ein Blick in die freie Wirtschaft mit vergleichbaren „Mitarbeiterzahlen“ genügt. Maßstab kann auch nicht der Fortschritt in anderen Kommunen sein, sondern nur die globalisierte Welt! Es ist unverständlich, dass die Schulverwaltung teils bereits über Glasfaser läuft, aber die Schüler an der selben Schule nach wie vor über Klingeldraht angebunden sind.

1.2. Die Digitalisierung erfordert auch heute nicht absehbare Investitionen in Technik. Wir beantragen, dass hier sofort nach Erkenntnisgewinn durch o.g. Schul-Digitalisierungsteam gehandelt wird, und die Gerätschaften als Nachtrag umgehend ins Verfahren eingespeist werden. Ein verschlepptes Berichtswesen im nächsten Schulbeirat oder noch später ist hier absolut inakzeptabel.

#### 1.3. Schulentwicklungsstrategie, evtl für Campus, erstellen

**Begründung:**

Die Bildungslandschaft ist in Bewegung, zudem erfordern steigende Geburtenzahlen schnell mehr Raum. Hier muss eine ganzheitliche Entwicklung bedacht werden, Fragen sind vorab zu klären, wie beispielweise: „können Fachräume gemeinsam genutzt werden?“ „Welche Schulformen könnten an einem Campus Synergien erfahren?“

1.4. Der Jugendausschuss soll direkte Verfügung über sein Budget erhalten. Es hat sich in den ersten Sitzungen gezeigt, dass die Freigabe durch den S-Ausschuß hinderlich ist und zudem unnütz. Gemeinderäte sind im Jugendausschuß anwesend und können hier Bedenken äußern.

#### 1.5. Religionserziehung Schule/Kindergärten: zusammenführen

**Begründung:**

in einer immer weiter zersplitternden Gesellschaft hat Abgrenzung durch zur Schau gestellte und zur Abgrenzung vortragene religiöse Symbolik und „Wahrheit“ eine weiter spaltende Wirkung. Dem muss entgegengewirkt werden, daher ist eine religionsfreie Werteerziehung, die auch neutral die Weltreligionen betrachtet und Verständnis schafft, die einzige Möglichkeit auf eine breitere gesellschaftliche Basis zurückzufinden. Dem ist von städtischer Seite durch vermehrte Angebote in städtischen Kindergärten Rechnung zu tragen.

### 2. Verkehr / öffentlicher Raum

2.1. S:ALZ unterstützt ausdrücklich den interfraktionellen Antrag zum autonomen Shuttlebus-Test und sieht hier das wesentliche Projekt für 2019

2.2. Die Stadt soll ein eigenes kostenfreies ÖPNV-Angebot vorhalten, Probezeit 2 Jahre

**Begründung:**

ÖPNV wird nicht wesentlich stärker genutzt, wenn die Einzelfahrt 50 Cent billiger wird. ÖPNV wird nur dann von Vielen genutzt, wenn die Barriere des Bezahlsystems abgebaut wird, und das Gefühl Teil des Systems zu sein gestärkt wird.

**Hierzu ist folgendermaßen vorzugehen:**

Die direkten Zusatzzahlungen der Stadt an den VVS in Höhe von 300.000EUR sind einzustellen. Stattdessen fahren im direkten Auftrag der Stadt vier Busse zu einem geregelten Fahrplan ohne Ausnahme von 5:00 Uhr bis 1:00 Uhr zuverlässig auf von Fachleuten zu bestimmenden Linien. Ob dies vier einzelne Linien sind, oder beispielsweise zwei Linien, die in Stoßzeiten verstärkt werden, um schliesslich ein 4-Fahrzeuge-Äquivalent zu erreichen, klärt ein Fachgremium.

Laut Expertenaussage kostet ein Bus samt Fahrer, Betriebsmitteln und Finanzierung ca. 60EUR/Stunde. Daraus ergibt sich ein Kostenrahmen von rund 1,5Mio/Jahr, der aus Steuergeld finanziert wird. Dies ist nur ein Beispiel, das im Kostenrahmenbereich des auch gern gezahlten Leobad-Abmangels liegt und kann den Erfordernissen in der Diskussion angepasst werden. Die Nutzung ist für alle dann „kostenfrei“, so wird für VVS-Karteninhaber die sich über die Ortsgrenzen hinaus bewegen kein Nachteil geschaffen.

## **2. Verhältnis und Arbeitsgrundlage Verwaltung/Gemeinderat**

**3.1.** wir beantragen zu einem geordneten Arbeitsverfahren zurückzufinden.

### **Begründung:**

insbesondere Herr Oberbürgermeister Kaufmann nutzt ausgiebig die stimmungsgenerierende Wirkung vorschneller Öffentlichkeit für ihm genehme Themen. So ist es dann oft am Gemeinderat, surreale Geschichten, die an der Stadtwirklichkeit vorbei denken, zu relativieren und der Bevölkerung Wasser in den vordegründig mündenden Wein zu schütten.

Selbstverständlich wollen wir der Verwaltungsspitze nicht vorschreiben, wie sie zu arbeiten hat. Es ist allerdings schlicht rechtlich nötig, Themen nicht nur bei bunten Abenden sondern auch in den Gremien zu behandeln. Wir fordern also, dass Themen die in der Öffentlichkeit angepriesen werden, zeitnah, zur folgenden Sitzungsrunde, im Gremium diskutiert werden, selbstverständlich in öffentlicher Sitzung, so dass etwaige Bedenken auch bekannt werden, bzw. bei hoffentlich großer Einigkeit ein gemeinschaftliches positives Zeichen gesetzt werden kann. Ein Beispiel kann die Seilbahn sein, von der man seit Monaten hört, die aber nie in Gremien eine Weiterentwicklung erfährt.

**3.2.** wir beantragen das Verhältnis Gemeinderat <-> Verwaltungsmitarbeiter zu verbessern.

Dies kann natürlich nicht verordnet werden. Es ist allerdings auffällig, dass aus einer vorgeschobenen Angst mit Themen vor dem Gemeinderat vorstellig zu werden, einige unerklärlich-surreale Dinge entstehen. Beispielsweise die ungute Mörike-Brücke, der nicht fertige Chemiesaal der GHR...

### **Begründung:**

wenn die Verwaltungsmitarbeiter das Gefühl haben, dass Dinge lieber sauber erledigt werden, als aus Angst irgendwie halb, bleiben die Kosten am Ende geringer als bei steten Nachbesserungen. So ist beispielsweise klar, dass kein Gemeinderat jemals etwas gegen die Fertigstellung des Chemiesaals GHR einzuwenden gehabt hätte. Hier muss einfach mit klaren, einsichtigen Erklärungen auch mutig eine vielleicht eigenmächtig wirkende Entscheidung der Verwaltungsspitze herbeigeführt werden, wenn sich keine nahe Option auf einen Beschluß ergibt.

Selbstverständlich bitten wir um direkte Nachricht, beispielsweise per Mail, für derartige Fälle.

**3.2.** wir beantragen eine Mitarbeiterschulung bei direktem Bürgerkontakt.

### **Begründung:**

oftmals sind im Sinne der Stadt ehrenamtliche Gruppen aktiv, die keine Gefahr für das politische-gesellschaftliche Leben darstellen, sondern zweifelsfrei Gutes im Sinn haben und etwa zur kulturellen Bereicherung beitragen. Hier ist es nicht angesagt, die Motivation der Bürger durch kleinliche Korrekturhinweise und Planänderungen auf die Probe zu stellen. Stattdessen fordern wir die Verwaltung auf in solchen Fällen Dingen ihren Lauf zu lassen, und sich gewichtigeren Verwaltungsaufgaben zuzuwenden. Als Beispiel führen wir die Lesungen im Pomeranzengarten an.